

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1867*

Freitag, 24. Oktober 1986

Blatt 2568

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS  
ausgesendet: (grau) Bekenntnis zur österreichischen Gemeinwirtschaft  
Ehrengrab für Fritz Hochwälder

Politik: (rosa) Zilk: Keine Vorverlegung der Wiener Wahlen

Kommunal: (rosa) Wiener Landtag  
Wiener Gemeinderat  
Umbau der Sieveringer Straße beendet  
Versuchter Verkauf einer Gemeindewohnung: Genaue  
Untersuchung soll Klarheit bringen  
Hatzl: Keine Spende der TEERAG-ASDAG

Lokal: (orange) Wasserleitungsmuseen schließen am 26. Oktober

Nur über FS: (orange) Autobus hängengeblieben - abgeschleppt



.....  
Bereits am 23. Oktober 1986 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Bekanntnis zur österreichischen Gemeinwirtschaft (1)

12 =Wien, 23.10. (RK-WIRTSCHAFT) In einer Pressekonferenz präsentierten Donnerstag Stadtrat Johann HATZL, der Präsident der Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft (AdöG), deren Geschäftsführer Nationalratsabgeordneter Dipl.VW. Herbert TIEBER und Generaldirektor Dr. Walter FREMUTH, der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates der AdöG, eine von der Generalversammlung beschlossene Grundsatzerklärung. Diese Grundsatzerklärung steht unter dem Titel "Gemeinwirtschaft hat Zukunft" und stellt ein eindeutiges Bekenntnis zu den geschichtlichen Verdiensten und zur in Zukunft voraussichtlich noch zunehmenden Bedeutung der österreichischen Gemeinwirtschaft dar.+++

Stadtrat Hatzl stellte einleitend fest, daß im kommunalen Bereich die gemeinwirtschaftlichen Einrichtungen hervorragend funktionieren und unverzichtbar im Hinblick auf Versorgungssicherheit, soziale Tarifgestaltung und Maßnahmen für den Umweltschutz sind. Wesentliche Teile der Gemeinwirtschaft stehen heute allerdings vor Problemen. Die Grundsatzerklärung versucht, diese Probleme darzustellen und in Zusammenhang mit der gesamten Volkswirtschaft zu bringen.

Im Hinblick auf die Privatisierungsdebatte stellte NR-Abg. Tieber fest, daß es auch in der Vergangenheit laufend Grenzverschiebungen zwischen dem privaten und öffentlichem Bereich gegeben habe, ohne daß deshalb die grundsätzliche Anerkennung der Bedeutung der Gemeinwirtschaft verlorengegangen sei. Jetzt aber werde eine rein ideologisch motivierte Kampagne zum Ausverkauf der öffentlichen Einrichtungen durchgeführt, der jede volkswirtschaftliche Grundlage fehle. Wie Generaldirektor Dr. Fremuth aufzeigte, hat sich die österreichische Volkswirtschaft, an der die Gemeinwirtschaft mit einem Nettoprodukt von 243 Milliarden Schilling jährlich rund ein Drittel ausmacht, im Vergleich zu rein privatwirtschaftlich organisierten Ländern wie etwa Neuseeland oder Australien überproportional entwickelt und solche Länder, vom Nullpunkt nach dem Krieg aufbauend, längst überholt. Von rund 160 Volkswirtschaften befindet sich Österreich derzeit an zehnter Stelle, es bestehe also kein Grund, zu behaupten, man habe schlecht gewirtschaftet. (Forts.)



.....  
Bereits am 23. Oktober 1986 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

## Rekenntnis zur österreichischen Gemeinwirtschaft (2)

Utl.: Kurzfassung der Grundsatzerklärung

13 Wien, 23.10. (RK-WIRTSCHAFT) Wie in der Grundsatzerklärung der Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft festgehalten ist, wurden als wichtigste Problemstellungen erkannt, daß

- o der frühere Verkäufermarkt heute einer international immer stärker verflochtenen Wettbewerbssituation Platz gemacht hat,
- o nur durch Forschung, Innovation, Verbesserung der Produktpaletten und außergewöhnliche Leistungsqualität Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt erreicht werden kann,
- o auch bei den Dienstleistungs-, Ver- und Entsorgungsunternehmen auf Wirtschaftlichkeit und Konsumentenfreundlichkeit noch mehr Bedacht genommen werden muß,
- o im Bereich der Hochtechnologien die Kooperation mit führenden ausländischen Unternehmen gestärkt werden sollte,
- o die "soziale Vorreiterrolle" der Gemeinwirtschaft nur nach Maßgabe der erzielten betriebswirtschaftlichen Ergebnisse möglich ist und
- o gesellschaftliche oder umweltpolitische Konflikte nur durch eine faire und ausgewogene Entscheidungsfindung auf politischer Ebene gelöst werden können.

Gleichzeitig wird darauf verwiesen, daß

- o der österreichische Charakter und die politische Neutralität dieses Wirtschaftssektors nicht gefährdet werden sollte, indem durch Privatisierungen ausländisches oder heimisches Großkapital die Dominanz über Unternehmen erwirbt, die der gesamten Bevölkerung gehören,
- o unverantwortliche Spekulationen mit dem Geld der österreichischen Steuerzahler abzulehnen sind, und auch die Gewinnverwendung strengen Kriterien unterliegen muß,
- o langfristige strategische Planungen bei der Neugestaltung des Gemeinwirtschaftssektors den Vorrang vor kurzfristig motivierten "Feuerwehraktionen" haben sollten.

(Forts.) roh/bs



Bekanntnis zur österreichischen Gemeinwirtschaft (3)

Utl.: Kurzfassung der Grundsatzerklärung

14 Wien, 23.10. (RK-WIRTSCHAFT) Weiters stellt die Grundsatzerklärung der AdÖG fest, daß

- o der Einsatz öffentlicher Unternehmen als Instrument staatlicher Sozial- und Wirtschaftspolitik nur unter Abgeltung dadurch bedingter Ertragseinbußen zulässig ist, und die "soziale Vorreiterrolle" unter den Gesichtspunkten der Mitbestimmung, sozialen Kommunikation, leistungsorientierten Entlohnung und Chancengleichheit auch einen Beitrag zur Erhöhung der Produktivität leisten kann und daß schließlich
- o kostenreduzierende und effizienzsteigernde Maßnahmen unter größtmöglicher Berücksichtigung soziale Härtefälle vor sich gehen müssen.

Wie Herbert Tieber dazu feststellte, sind die Unternehmen der österreichischen Gemeinwirtschaft kein ideologischer Stoßkeil, sie wollen und dürfen aber auch nicht zum "ideologischen Prügelknaben" gemacht werden. (Schluß) roh/bs

NNNN



Ehrengrab für Fritz Hochwälder

15        Wien, 23.10. (RK-KULTUR/LOKAL) Der in Zürich verstorbene Dramatiker und Ehrenbürger der Stadt Wien, Fritz HOCHWÄLDER, wird in einem Ehrengrab der Stadt Wien auf dem Zentralfriedhof beigesetzt. Die Begräbnisfeierlichkeiten finden am Montag, dem 3. November, um 13.30 Uhr statt. (Schluß) gab/rr

NNNN



Wasserleitungsmuseen schließen am 26. Oktober

1 Wien, 24.10. (RK-LOKAL) Die beiden städtischen Wasserleitungsmuseen - eines befindet sich in Kaiserbrunn, eines in Wildalpen - schließen am 26. Oktober für die heurige Saison. Ab 1. Mai 1987 sind die beiden Museen dann wieder an Sonn- und Feiertagen zwischen 10 und 12 Uhr zugänglich.

Für Sonderführungen und Gruppen mit mehr als zehn Personen ist der Besuch der beiden Wasserleitungsmuseen jedoch nach telefonischer Anmeldung (bei den Wasserwerken in Wien, Tel. 59 9 59/Klappen 279 oder 318 bzw. in der Betriebsleitung der Wasserwerke in Hirschwang, Tel. 02666/2548 oder in Wildalpen, 03636/2010) auch im Winter möglich. (Schluß) hrs/gg

NNNN



## Umbau der Sieveringer Straße beendet

2 =Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Der Umbau der Sieveringer Straße im Abschnitt zwischen dem Ende der Windhabergasse und der Fröschelgasse wurde Freitag abgeschlossen. Die Fahrbahn wurde komplett erneuert, teilweise wurden auch die Gehsteige verbreitert. Die Abstellflächen wurden mit Granitwürfeln gepflastert. Die Kosten für den Straßenbau, die Gestaltung des Sieveringer Platzls und das Grünprogramm werden insgesamt rund 11 Millionen Schilling betragen.+++

Die Beleuchtung dieses Straßenabschnitts erfolgt jetzt mit 45 Altstadtkandelabern, deren Leuchten ein angenehmes, orangefärbiges Licht geben. Auf dem Sieveringer Platzl wurde ein Denkmal errichtet, das an die "Sieveringer Gans" erinnert. Außerdem wurde ein "Walfisch-Brunnen" aufgestellt. Vier Bänke stehen hier schon, acht weitere kommen noch dazu. Bei den Autobus-Haltestellen wurden zwei neue Wartehäuschen des Typs "Ringstraße" aufgestellt.

Im Frühjahr werden 25 Bäume neu gepflanzt und in den neuen Grünflächen Bodendecker gesetzt werden. (Schluß) sc/rr

NNNN



Versuchter Verkauf einer Gemeindewohnung: Genaue Untersuchung soll Klarheit bringen

6 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Zu dem Bericht einer Tageszeitung, wonach der ORF-Zentralbetriebsratsobmann Heinz DOUCHA versucht habe, eine Gemeindewohnung in Wien 1, Franziskanerplatz zu verkaufen, stellte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK heute gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" fest, daß er den zuständigen Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER sofort nach Bekanntwerden beauftragt habe, genaue Untersuchungen einzuleiten. Stadtrat Edlinger sagte dazu, daß er eine schonungslose Aufdeckung veranlassen und mögliche erforderliche Schritte ohne Rücksicht auf Person oder Parteizugehörigkeit verlangen werde. (Schluß ah/bs)

NNNN



Wiener Landtag (1)

Utl.: Fragestunde

3 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Wiener Landtages begann unter dem Vorsitz von Landtagspräsident SALLABERGER (SPö) mit einer Fragestunde.

In der ERSTEN ANFRAGE erkundigte sich LABg. Dkfm. Dr. WÖBER (öVP) nach konkreten Initiativen zur Schaffung zusätzlicher steuerlicher Anreize für Stadterneuerungsinvestitionen. Landeshauptmann Dr. ZILK antwortete, daß einerseits eine Mietrechtsänderung erreicht wurde, wonach die Erhaltungsbeiträge nun auch für Sanierungen verwendet werden dürfen. Was die steuerlichen Anreize betrifft, sei Wien in dieser Angelegenheit vorstellig geworden, doch die anderen Bundesländer stehen dieser Initiative reserviert gegenüber. Zilk forderte die öVP auf, in den von ihr dominierten Bundesländern eine Meinungsänderung herbeizuführen.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von LABg. ARTHOLD (öVP) nach dem Stand der Verhandlungen mit den öBB über wirksame Lärmschutzmaßnahmen bei bestehenden Bahnanlagen antwortete Landeshauptmann Dr. ZILK, daß solche Anstrengungen bereits seit mehreren Jahren laufen und eine dem Bundesstraßengesetz analoge Regelung angestrebt wird. Das Eisenbahngesetz sieht eine Verpflichtung für die Errichtung solcher Lärmschutzanlagen an bestehenden Trassen nicht vor. Zilk bezeichnete es als gemeinsames Anliegen, hier zu einer zufriedenstellenden Regelung zu kommen.

Auf die DRITTE ANFRAGE von LABg. Dr. HIRNSCHALL (FPö) nach der Vorlage eines landwirtschaftlichen Grundverkehrsgesetzes zur Verhinderung von Spekulationen antwortete Stadtrat Friederike SEIDL (SPö), daß ein solches Gesetz Spekulationen nicht verhindern könne. Ein wichtiges Ordnungsinstrument sei jedoch in Wien der Flächenwidmungs- und Bebauungsplan. Solche Pläne gibt es in anderen Bundesländern nicht flächendeckend, und sie behelfen sich daher mit Grundverkehrsgesetzen. Auch in diesen Ländern könne jedoch mit diesem Mittel der Spekulation nicht wirkungsvoll entgegengetreten werden. (Forts.) and/rr



## Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

4 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Mit der VIERTEN ANFRAGE erkundigte sich LABg. PRAMEL (SPö), welche Maßnahmen das Land Wien setzt, um der Jugendarbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Personalstadtrat Friederike SEIDL (SPö) führte aus, daß Ende Juli 1986 die Gemeinde Wien und die Stadtwerke 1.100 Lehrlinge in 15 Berufen und 2.565 junge Menschen als Krankenpfleger ausbildeten. Im Herbst dieses Jahres begannen weitere 330 Lehrlinge ihre Ausbildung, 1.500 jüngere Menschen begannen ihre Ausbildung in einem Sozialberuf. Weiters wurde erstmals im Rahmen eines Schulversuches ein zweiter Berufsschultag für Bürokaufmannslehrlinge eingeführt, und im Rahmen der "Aktion 8000" wurde 200 in Wien arbeitslos gemeldeten Maturanten die Möglichkeit geboten, bei der Gemeinde Wien eine einjährige "Schnupperlehre" zu absolvieren. Die Maturanten erhalten 5.130 Schilling netto monatlich.

Die FÜNFTE ANFRAGE von LABg. GUTMANN SBAUER (SPö) betraf die Auswirkungen der Aufhebung der Bedarfsprüfungsbestimmungen im Gelegenheitsverkehrsgesetz durch den Verfassungsgerichtshof. In Wien gibt es derzeit rund 3.500 Taxis, erklärte StR. SEIDL. Der Verfassungsgerichtshof habe wegen Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes die Taxibedarfsprüfung mit Wirkung vom 1. Juni 1987 aufgehoben. Vom Verkehrsministerium müssen in der Zwischenzeit gesetzliche Maßnahmen für eine Neuregelung getroffen werden. Auf eine ZUSATZFRAGE, ob es eine Warteliste für Taxikonzessionen gebe, erklärte Seidl, daß derzeit 70 Ansuchen vorliegen. (Schluß) lei/gg

## Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde

5 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Die SECHSTE ANFRAGE stellte LABg. Dr. GOLLER (ÖVP): Welche Maßnahmen beabsichtigen Sie betreffend rechtlicher Wiener Normen zu treffen, die nicht mehr zeitgemäß sind? StR. SEIDL (SPö) antwortete, daß der Wiener Landtag am 23. November 1984 das Wiener Rechtsbereinigungsgesetz beschlossen habe, wodurch die Rechtsvorschriften, die vor dem 1. Jänner 1955 in Kraft getreten sind, mit Ausnahme von 24, aufgehoben wurden. Auf die ZUSATZFRAGE, ob die Rechtsbereinigung weitergeführt werde, erklärte Seidl, daß dies selbstverständlich der Fall sei. Dies gelte auch für eine beinahe 50 Jahre alte Verordnung über das Feilbieten von Naturblumen und Obst im Umherziehen, das von Dr. Goller in diesem Zusammenhang zitiert wurde. (Forts.) lei/gg



Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

8 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Zur SIEBENTEN ANFRAGE von LABg. Dr. HAWLIK (ÖVP), wann eine Verordnung über die höchstzulässigen Schadstoffwerte der Wiener Luft erlassen wird, erklärte Umweltstadtrat BRAUN (SPö), eine durchgreifende Regelung könne erst nach Vorliegen der Bundesgrenzwerte erfolgen. Die empfohlenen Grenzwerte seien von der Akademie der Wissenschaft im Frühjahr dieses Jahres vorgelegt worden. Wien habe aber entscheidende Schritte zur Senkung der Emissionswerte bereits durchgeführt. So habe man die Gesamt-SO<sub>2</sub>-Belastung auf unter 40 Prozent des Jahres 1982 senken können.

Auf die ACHTE ANFRAGE von LABg. Mag. ZIMA (SPö) über die Vorbereitungen, die Lobau auf Wiener Gebiet zum Nationalpark zu erklären, sagte StR. Braun, es habe Arbeitsgespräche sowie Auswertungen wissenschaftlicher Arbeiten gegeben. Die Ergebnisse seien dem Naturschutzbeirat vorgelegt und diskutiert worden. Es bestehe grundsätzliche Einigkeit darüber, daß Land- und Forstwirtschaft im betreffenden Gebiet nicht abrupt abgebrochen werden könnten, daß Sofortmaßnahmen wie die Aufforstung von Windschutzstreifen und biologische Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen zu treffen seien und daß ein Naturschutzparkfonds einzurichten sei. Darüberhinaus müsse man den Wettbewerb Donaauraum abwarten.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von LABg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) erklärte StR. EDLINGER (SPö), er sei nicht bereit, die entsprechende Verordnung dahingehend zu novellieren, daß an Stelle des Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds staatlich beeidete Zivilingenieure mit den Betreuungs- und Überwachungsaufgaben beauftragt werden. Eine der Folgen einer solchen Novellierung wäre eine Verteuerung, da die Zivilingenieure und Ziviltechniker entsprechend der Gebührenordnung honoriert werden müßten. Diese Berufsgruppe werde aber verstärkt von Hauseigentümern herangezogen.  
(Forts.) jel/bs

- Ende der Fragestunde Landtag -

Wiener Landtag (5)

Utl.: Novellierung des Wiener Krankenanstaltengesetzes

9 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPö) beantragte eine Novellierung des Wiener Krankenanstaltengesetzes. Die Novelle beinhaltet Änderungen in den Bereichen Wirtschaftsführung und Wirtschaftsaufsicht, Voranschlag und Dienstpostenplan sowie bei der Festlegung der Äquivalenzbeträge.

Abstimmung: einstimmig angenommen. (Schluß) gab/rr

--- Ende des Sitzungsberichtes Landtag ---



Hatzl: Keine Spende der TEERAG-ASDAG

17 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) "Die Behauptung von GR. Hirnschall im FPÖ-Pressedienst, ich hätte seine Anfrage über die Beteiligung der TEERAG-ASDAG an der Kärntner Autobahneröffnung im Gemeinderat nur zögernd beantwortet, ist völlig aus der Luft gegriffen", stellte Stadtrat Johann HATZL gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" fest. "Ich bin gewohnt, grundsätzlich jede Anfrage umfassend und offen zu beantworten. Die Frage Hirnschalls richtete sich nach geleisteten Spenden zur 'Eröffnungsshow', und ich habe eindeutig festgestellt, daß es keinerlei Spenden gegeben hat."

Er habe mitgeteilt, so Hatzl, daß die TEERAG-ASDAG einen Betrag von 150.000 Schilling als Eigenwerbung für ihr Unternehmen aufgewendet habe. Dieser Betrag sei für Werbeträger wie Plakatflächen, Transparente, Fotodokumentationen und Pressemappen aufgewendet worden, was ein normaler Vorgang in der Öffentlichkeitsarbeit eines großen Unternehmens sei und keine "Spende" für das von Hirnschall so bezeichnete "Autobahnspektakel".

Die Frage nach den geleisteten Dividenden konnte im Gemeinderat nicht beantwortet werden, da sie nicht in der ursprünglichen Anfrage aufschien. Die TEERAG-ASDAG habe aber in den letzten Jahren stets positiv abgeschlossen, das sei aus den veröffentlichten Bilanzen zu ersehen, erklärte Hatzl. Im vergangenen Jahr wurde ein Dividende von rund elf Millionen Schilling ausgewiesen. (Schluß) roh/bs

NNNN



Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

10 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Anschließend trat der Wiener Gemeinderat zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. PROCHASKA (ÖVP) an Bürgermeister Dr. ZILK, warum er einen Mandatar der politischen Minderheit des Bezirkes Währing mit der Abhaltung einer Bürgerversammlung über eine neue Verkehrslösung in Gersthof betraut habe, antwortete Zilk, daß ihm der damalige Gemeinderat EDLINGER darüber informiert habe, daß auch Bürgerwünsche gegen eine Wohnstraße vorhanden seien. Auf dessen eigenen Wunsch habe er deshalb Edlinger mit der Abhaltung der Bürgerversammlung betraut.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), in welchem Umfang die im Eigentum der Wiener Stadtwerke stehende Firma Teerag-Asdag AG Spenden zu der vom Bautenministerium im heurigen Sommer in Kärnten veranstalteten Eröffnungsshow geleistet habe, antwortete StR. HATZL (SPö), daß es seines Wissens keine Spenden gegeben habe. Die Teerag-Asdag habe lediglich für Werbeleistungen 150.000 Schilling aufgebracht.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Ing. HUBER (SPö), wie sich die einzelnen Tarifarten bei den Verkehrsbetrieben im laufenden Jahr entwickelt haben, antwortete StR. HATZL, daß die Entwicklung durchaus erfreulich sei. Er hob die Forcierung von Netzkarten und die Einführung der Umweltstreifenkarte hervor. Die Jahreskartenabonnements seien gestiegen. Man kann für das Jahr 1986 mit einer Steigerung der Fahrgastzahlen von 1,5 bis 2 Prozent rechnen. An Verbesserungen im öffentlichen Verkehr seien besonders die Schaffung neuer Autobuslinien, Intervallverdichtungen und die Einführung des Nachtautobusses zu erwähnen. (Forts.) du/gg

NNNN



Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

12 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. BUCHELT (SPÖ), wie die Energieberatungsstelle der Wiener Stadtwerke-Heizbetriebe von den Konsumenten angenommen wird, erklärte StR. HATZL (SPÖ), daß seit deren Schaffung vor mehr als einem Jahr rund 8.000 Beratungen durchgeführt wurden. Bei einer Informationswoche im Donauzentrum suchten etwa 2.000 Konsumenten Rat. Beratungsschwerpunkte seien die Berechnung von Heizkosten und Sanierungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit dem Energiesparen.

GR. HAHN (ÖVP) erkundigte sich in der FÜNFTEN ANFRAGE nach dem Ergebnis einer Studie über einen Zentralbahnhof für Wien. Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) erklärte, daß die Stadt Wien zwei Untersuchungen in Auftrag gegeben habe. Eine Untersuchung mit dem Standort Praterstern liege bereits vor, eine zweite Studie ohne Vorgabe eines bestimmten Standortes werde in Kürze fertiggestellt. Mayr wies darauf hin, daß die von der Stadt Wien in Auftrag gegebenen Studien nur in Zusammenhang mit Überlegungen der Ministerien und der ÖBB geschehen werden können, da es sich bei einem Zentralbahnhof Wien ja nur um eine Station Wien an einer Hochgeschwindigkeitsstrecke handeln könne. Die Studien werden selbstverständlich dem Gemeinderat vorgelegt werden. (Forts.) lei/rr

NNNN



Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

13 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Die SECHSTE ANFRAGE von GR. Dr. HÄUPL (SPÖ) betraf die Beurteilung der derzeitigen Lage der Wiener Wirtschaft. Vizebgm. MAYR (SPÖ) erklärte, daß sich die wirtschaftliche Situation in Wien in den ersten Monaten dieses Jahres besser darstelle als in den meisten anderen Bundesländern. So konnte die industrielle Produktion im ersten Quartal 1986 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 8,3 Prozent gesteigert werden, österreichweit waren es nur 4,3 Prozent. Die Produktion langlebiger Wirtschaftsgüter erfuhr sogar eine Zunahme von 20 Prozent. Die Arbeitsmarktsituation bleibe jedoch angespannt, weil trotz des Anstiegens der Arbeitsplätze auch die Zahl der Arbeitsplatzsuchenden gestiegen sei. Alle europäischen Industriestaaten werden in den nächsten Jahren mit großen industriellen Strukturproblemen zu kämpfen haben, deren Auswirkungen an Österreich nicht vorbeigehen werden. Es müssen jedoch alle Anstrengungen unternommen werden, daß diese Auswirkungen auf die österreichische und vor allem auf die Wiener Wirtschaft so gering wie möglich gehalten werden, erklärte Mayr.

Auf eine ZUSATZFRAGE, wie die Konjunktorentwicklung in den nächsten zwei Jahren einzuschätzen sei, erklärte Mayr, daß 1987 die wirtschaftliche Entwicklung ähnlich wie heuer verlaufen werde, für 1988 sei jedoch mit größeren konjunkturellen Schwierigkeiten zu rechnen. (Forts.) lei/bs

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

14 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Dkfm. Dr. AIGNER (SPÖ) über die Bedeutung des Ballonprojekts von Andre Heller für den Fremdenverkehr erklärte Vizebürgermeister MAYR, man habe damit über Printmedien sowie TV und Rundfunk rund 140 Millionen Menschen in ganz Europa auf Wien als mögliche Destination aufmerksam gemacht. Dies bedeute, bedenke man die Gesamtkosten von rund acht Millionen Schilling, einen Werbekostenaufwand von sechs Groschen pro Person. Einnahmen aus dem Projekt könnten nur aus dem möglichen Verkauf der Ballons erzielt werden.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. ARTHOLD (ÖVP), wie hoch die Eintrittspreise für das Eis-Stadion "Eisring-Süd" für die Saison 1986/87 seien, antwortete StR. MRKVICKA (SPÖ), die Saisonkarte für Erwachsene koste 1.500, die für Jugendliche 960 Schilling, was beispielsweise niedriger sei als bei vergleichbaren Kunsteislaufbahnen in Wien. Die Förderungsbeiträge für die Wiener Eislaufstätten halte er, Mrkvicka, in Anbetracht der verschiedenen Gegebenheiten bei den verschiedenen Eislaufbahnen für ausgewogen. (Forts.) jel/bs



Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Neue Gemeinderäte angelobt

15 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Anstelle von GR. VEJTISEK und GR. Hildegard WONDRAUSCH (beide SPö), die ihr Mandat zurücklegten, wurden Josefa TOMSIK und Heinz SRAMEK als neue Gemeinderäte angelobt.

Der Vorsitzende GR. HIRSCH (SP) dankte den beiden ausscheidenden Gemeinderäten für ihre verdienstvolle Arbeit im Interesse der Wienerinnen und Wiener. (Forts.) gab/rr

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Kuffner'sche Sternwarte

16 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) GR. STEINBACH (SPö) stellte den Antrag, einen Förderungsbeitrag in der Höhe von 100.000 Schilling für die Kuffner'sche Sternwarte zu genehmigen.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) erklärte, daß laut Kontrollamtsbericht die Bausubstanz der Kuffner'schen Sternwarte bereits sehr schlecht sei. Für eine Instandsetzung wären sieben Millionen Schilling notwendig. Die Stadt Wien sollte versuchen, für diese wichtige volksbildnerische Einrichtung private Sponsoren aufzutreiben. Wenn dies nicht möglich sei, sollte die Stadt Wien die Instandsetzung der Kuffner'schen Sternwarte 1987 aus Budgetmitteln durchführen.

GR. Dr. HÄUPL (SPö) betonte ebenfalls die Erhaltungswürdigkeit dieses Gebäudes. Allerdings sollten vom Vorstand des Vereins der Freunde der Kuffner'schen Sternwarte die bisher durchgeführten Reparaturarbeiten überprüft werden. Es sei die Absicht der Stadt Wien, die Kuffner'sche Sternwarte zu kaufen und zu sanieren, sofern eine Einigung mit dem Eigentümer herbeigeführt werden kann.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen. (Forts.) du/rr

NNNN



Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Subvention für Wiener Symphoniker

18 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) GR. Gertrude STIEHL (SPö) beantragte eine Zusatzsubvention in Höhe von 16,2 Millionen Schilling für die Wiener Symphoniker.

GR. Mag. KAUER (öVP) kritisierte, daß neben den Wiener Leistungen jene des Bundes noch ausstehen. Im Rahmen einer grundsätzlichen Betrachtung der Wiener Kulturpolitik warf er der SPö vor, es gebe kein Konzept für die Wiener Theater und keine tragfähigen finanziellen Absprachen. Außerdem sei ein Mangel an Transparenz und Kooperation zu beklagen.

GR. Dkfm. Dr. AIGNER (SPö) verwies auf die künstlerischen Erfolge der Wiener Symphoniker und die Verpflichtung der Stadt Wien, für den notwendigen finanziellen Background zu sorgen. Mit der Kostenbeteiligung des Bundes sei zu rechnen.

Vizebürgermeister Dr. BUSEK (öVP) kritisierte, seine Fraktion erhalte die Informationen in der Kulturpolitik nur über die Medien. Der Bund reduziere die Subventionen für Symphoniker. Beim Messepalast seien Neuentwicklungen weitgehend zu vermissen. Wichtige Ausstellungen gehen derzeit an Wien vorüber. Beim Ronacher sei auch unklar, welche Betriebskosten anfallen.

StR. MRKVICKA (SPö) warf der öVP vor, sie nehme Antworten auf gestellte Fragen nicht zur Kenntnis. Beim Messepalast beginnt nun die erste Stufe eines Wettbewerbes, und die Stadt Wien wird sich an der Zukunft des Messepalastes beteiligen. Es gebe erfolgreiche Bemühungen, in das internationale Ausstellungskarussell aufgenommen zu werden. Neue Projekte werden von ihm, Mrkvicka, nur vorgestellt, wenn auch die finanzielle Bedeckung gesichert ist. Die öVP habe als einzigen Vorschlag jenen eingebracht, das Theater an der Wien dem Bund als Spielstätte zu überlassen, während die Stadt Wien die Renovierung und die Einrichtung der Spielstätte durchführte. An den Symphonikerkosten beteiligt sich der Bund traditionell mit einem Zehntel.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) and/bs



Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Subvention für Werbeaktion in den USA

20 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) GR. WIMMER (SPÖ) beantragte für den Wiener Fremdenverkehrsverband eine Zusatzsubvention für eine Sonderwerbeaktion in den USA in der Höhe von 20 Millionen Schilling.

GR. Dipl.-Ing. PAWKOWICZ (FPÖ) begrüßte diese Werbeaktion, mit der der Rückgang von amerikanischen Touristen in Wien abgefangen werden soll. Es sei zu befürchten, daß heuer die Nächtigungen amerikanischer Gäste um etwa 50 Prozent unter dem Vorjahrswert liegen werden. Die Ursachen für den europaweiten Rückgang des US-Tourismus liegen sicher in der Dollarschwäche, in der Angst vor Terrorismus und in den Auswirkungen der Atomkatastrophe von Tschernobyl. Es müsse aber auch überlegt werden, ob nicht auch hausgemachte Gründe für den Rückgang mitverantwortlich gemacht werden müssen.

GR. Dr. MAIER (ÖVP) begrüßte ebenfalls die Sonderwerbeaktion, um verlorenes amerikanisches Gästepotential zurückzugewinnen. Er stellte aber zur Diskussion, ob nicht anstelle punktueller, permanente Werbeaktionen sinnvoller wären. Neue Ideen der Präsentation müssen erarbeitet werden. Vor allem soll Wien als Ziel des Städtetourismus angehoben werden, wobei eine Zusammenarbeit mit anderen europäischen Städten angestrebt werden soll.

GR. HANKE (SPÖ) erklärte, daß neue Tourismusk Märkte erschlossen werden müssen. Wäre heuer der Einbruch bei den US-Touristen nicht so groß gewesen, hätte Wien sogar ein Nächtigungsplus zu verzeichnen. Die Zahl der italienischen Gäste nahm beispielsweise um 20 Prozent zu. Die Wien-Werbung in den USA müsse sich noch mehr am Kulturschaffen orientieren.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen. (Forts.) lei/gg

NNNN



Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Darlehen für Apartmenthotel

21 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) GR. KNEIDINGER (SPÖ) stellte den Antrag, der Firma Gästehaus Derag Bauträger GesmbH und Co KG ein Darlehen über 70 Millionen Schilling für die Errichtung eines Apartmenthotels in Döbling zur Verfügung zu stellen.

Es handle sich bei der Derag um eine süddeutsche Unternehmensgruppe, erklärte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), die auf einem 8.000 Quadratmeter großen Grundstück in der Sieveringer Straße ein 455 Betten-Apartment-Hotel errichte. Er könne in der Gewährung dieses 70 Millionen Schilling Darlehens der Stadt Wien, das eine Haftungsübernahme der Stadt für ein ausländisches Hotelprojekt bedeute, keinen kommunalpolitischen Sinn sehen, weshalb seine Fraktion dem Antrag nicht zustimme.

Mit der Gewährung des Darlehens, erklärte GR. LANGHAMMER (ÖVP) übernehme die Stadt Wien ein Viertel des Gesamtinvestitionsvolumens von rund 300 Millionen Schilling. Er erachte diese Darlehensgewährung als eine unnötige Förderung, in Anbetracht der Tatsache, daß in Wien seit 12 Jahren kein Hotelneubauprojekt durch die Gemeinde Wien gefördert worden sei. Es bedeute einen Eingriff in die private Marktwirtschaft, die es gerade im Bereich Fremdenverkehr mit derzeit 32.000 Betten, und durch Neubauten bald 35.000 Betten, gegenwärtig besonders schwierig habe.

Die 70 Millionen Schilling Kredit bedeuten, erklärte GR. SCHMIDTMEIER (SPÖ), eine Haftung der Stadt Wien für 23 Prozent der Gesamtinvestitionssumme. Mit dem Bau dieses Apartmenthotels werde eine Marktlücke geschlossen. Die Konzeption dieses Hauses sei auf Gäste, die ein bis drei Monate in Wien Aufenthalt nehmen, abgestimmt. Im Gegensatz zu anderen Großstädten gebe es in Wien derzeit keine Möglichkeit, ein Hotel-Teil-Service, wie es in diesem Gästehaus angeboten werde, für eine Monatsmiete von 5.000 bis 15.000 Schilling in Anspruch zu nehmen.

ABSTIMMUNG: mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) je1/bs



Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Umbau Operngasse

22 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) GR. SEVCIK (SPÖ) beantragte die Genehmigung von 11,6 Millionen Schilling für den Umbau der Operngasse und der Margaretenstraße zwischen Opernring und Freundgasse, wobei auch ein Radweg angelegt werden soll.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) kritisierte, daß dieser Radweg zu aufwendig gestaltet werde, und daß generell der Radwegebau in Wien durch zu hohe Kosten, Unvollständigkeit und Planungsmangel gekennzeichnet sei.

GR. OBLASSER (SPÖ) entgegnete, daß die Kosten für die Radwege auf das Bemühen um optimale Sicherheit für die Radfahrer zurückzuführen seien. Die SPÖ bekenne sich zu einem, den Bedürfnissen entsprechenden, Ausbaukonzept für Radwege in Wien. Immerhin sei das Netz seit 1982 von 85 auf 180 Kilometer gewachsen. Die ÖVP spreche sich zwar einerseits grundsätzlich für Radwege aus, sei andererseits aber in konkreten Fällen, wie in der Mariahilfer Straße, jedoch dagegen.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Subvention für Institut für Stadtforschung

23 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) GR. KNEIDINGER (SPÖ) stellte den Antrag auf eine Subvention für Projekte des Institutes für Stadtforschung in der Höhe von 6,850.000 Schilling.

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) erklärte, daß es sich bei den Projekten um eine Studie über Wohnzufriedenheit und ein Symposium, bei dem diese Studie vorgestellt werden soll, handle. Petrik kritisierte, daß es bereits viele Studien zu diesem Thema gebe. Er halte es daher nicht für sinnvoll, soviel Geld für diese Studie zur Verfügung zu stellen. Das vollwertige Wohnen im Sinne von Harry Glück sei für den sozialen Wohnbau nicht geeignet. Er glaube nicht, daß die neue Studie wesentliche Impulse für den Wohnbau bringe, sondern vermute vielmehr, daß dadurch ein Streit zwischen der SPÖ und Harry Glück geschlichtet werden solle.

GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) erwiderte, daß es sich bei der Studie über die Wohnzufriedenheit um eine Pionierarbeit handle. Mit Hilfe der Studie könnten durch das Einbeziehen von Bereichen wie Sozialmedizin und Humanethologie bisherige Ergebnisse weitergeführt werden. Somit könnte das lebenswerte Wohnen in der Stadt weiter gefördert werden.

ABSTIMMUNG: mit Stimmenmehrheit angenommen. (Forts.) du/bs



Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Sanierung des Kanalnetzes

24 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) GR. REITER (SPÖ) beantragte 135,9 Millionen Schilling für den Umbau der Kanalnetzes im 14. Bezirk. Das Geschäftsstück ist Teil einer Reihe von Tagesordnungspunkten, die gleichzeitig ohne Debatte beschlossen wurden und Kanalausbauarbeiten in zehn Bezirken sowie Umbauten bei Kanälen in 15 Bezirken mit einem Aufwand von insgesamt knapp 2,6 Milliarden Schilling betreffen.

GR. ARTHOLD (ÖVP) begrüßte die nun beginnende Sanierung des Kanalnetzes, verwies jedoch darauf, daß nun insgesamt 10 Milliarden für die Kanalsanierung aufgewendet werden sollen, laut Stadtentwicklungsplan jedoch das gesamte Vorhaben Aufwendungen von 17 Milliarden Schilling notwendig machen wird. Es sei auch nicht befriedigend, daß noch immer in relativ geringer Nähe zu Kanalanlagen Senkgruben gebaut werden, wie etwa in Kleingartenanlagen auf dem Wienerberg. In diesem Zusammenhang stellte Arthold den ANTRAG, das Kanalnetz in die Kleingartenanlage Eden zu erweitern. Abgesehen davon forderte Arthold eine bessere Koordinierung der Aufgrabungen, wobei auch ein gleichzeitiger Ausbau des Fernwärmenetzes überlegt werden sollte.

GR. Dr. HAUPL (SPÖ) erklärte, daß das Kanalausbauprogramm nun erfüllt werde. Es sei auch beabsichtigt, schließlich die Auflassung der Senkgruben zu erreichen, doch sei dies auch ein soziales Problem.

Einen Zwangsanschluß beispielsweise in Kleingärten sollte es nicht geben. Was die Aufgrabungskordinierung betrifft, meinte Arthold, daß das Problem für Wiener städtische Dienststellen gelöst sei, die Koordinierung mit den Bundesdienststellen sei jedoch manchmal schwierig. Das nun beschlossene Projekt bedeute die Versöhnung zwischen Ökonomie und Ökologie, weil gleichzeitig Arbeitsplätze geschaffen werden und die Natur geschützt wird.

ABSTIMMUNG: Der ÖVP-Antrag wurde einstimmig zugewiesen, das Geschäftsstück einstimmig angenommen.

Die Gemeinderatssitzung endete um 16.30 Uhr. (Schluß) and/bs

--Ende des Sitzungsberichtes Gemeinderat --



Zilk: Keine Vorverlegung der Wiener Wahlen

Utl.: "Gerücht entbehrt jeder Grundlage"

19. Wien, 24.10. (RK-POLITIK) Im Rahmen der heutigen Gemeinderatsdebatte tauchten Gerüchte über eine Vorverlegung der Wiener Gemeinderatswahlen auf Mai 1987 auf. Bürgermeister Helmut ZILK teilte dazu mit, daß von einer Vorverlegung keine Rede sein könne. "Die Wiener Wahlen werden - wie vorgesehen - verbindlich im Frühjahr 1988 stattfinden. Die Gerüchte entbehren somit jeder Grundlage", sagte Zilk. (Schluß) red/bs

NNNN